

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Redaktionen und für Auswärtige die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

Verlagspreis: Die monatliche Ausgabe für Anzeigen aus Aus und Umgebung 20 Pfennige, ansonsten 25 Pfennige. Auslandspostgebühren 20 Pfennige, auswärts 25 Pfennige. — Redaktion: Amt Leipzig Nr. 1000.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 69

Freitag, den 22. März 1929

24. Jahrgang

Feldmarschall Foch †

Seine militärische Karriere — Der Feldherr Foch als Politiker

General Foch ist gestern nachmittag 5 Uhr 45 einem Herzschlag erlegen.

Es gibt nur wenige französische Generale, die im deutschen Volk so bekannt sind, wie Marschall Foch. Ungleich größer ist freilich die Popularität dieses Mannes bei den Franzosen und den Belgiern, die im Weltkrieg gegen uns kämpften. Frankreich feierte ihn nach Kriegsende als den Retter des Landes und die Staatsoberhäupter der alliierten und assoziierten Länder überhäufeten ihn mit allen nur erdenklichen Ehren.

Foch ist am 2. Oktober 1851 als Sohn eines mittleren Regierungsbeamten geboren. Während des deutsch-französischen Krieges 1870/71 kämpfte er als Kriegsfreiwilliger im 4. Infanterieregiment gegen Deutschland. Von der Infanterie wechselte Foch später zur Artillerie hinüber. Offizier wurde er schon im Jahre 1873. Als solcher entfaltete er eine lebhaft schriftstellerische Tätigkeit, die ihm in der französischen Militärwissenschaft einen langvollen Namen verschaffte. Schon Ende der 80er Jahre gehörte er dem Generalstab an. Im Jahre 1908 wurde er auf Grund seiner hervorragenden wissenschaftlichen Leistungen zum Direktor der französischen Kriegsakademie ernannt. Das letzte Friedensjahr sah ihn als kommandierenden General an der Spitze des 6. Armeekorps. Als der Weltkrieg ausbrach, führte Foch als kommandierender General mit dem Sitz in Nancy das 20. Korps.

Während des Weltkrieges zeichnete sich General Foch in den schweren Kämpfen an der Westfront und an der Ostfront besonders aus. Auf Grund seiner Verdienste erhielt er dann den Oberbefehl über den Nordflügel der französischen Front. Die große Sommeoffensive sah ihn als Oberkommandierenden des Westflügels, der die deutschen Armeen damals herantrieb. Nach diesen Kämpfen erhielt der deutsche Generalstab Marschall von Hindenburg mit seinem ersten Generalquartiermeister Ludendorff zum ersten Male an der Westfront zu längeren Besprechungen mit dem Generalstabchef, die zu Maßnahmen führten, um die deutsche „erschreckende Unterlegenheit an Kräften, Waffen und Munition einigermassen auszugleichen.“ General Foch wechselte aber um diese Zeit sein Hauptquartier und übernahm das Oberkommando über den Frontabschnitt von Metz bis zur Schweizer Grenze.

Unter dem Eindruck der gewaltigen Schlachten bei Arras und um den Kemmel vom März 1918 wurde Foch am 24. April 1918 zum Oberbefehlshaber der Entente ernannt, weil die Gegner einsehen, daß die Zusammenfassung ihrer Kräfte unter einem Oberbefehl notwendig war, wenn sie den deutschen Angriffen widerstehen wollten. Als Oberbefehlshaber hat Foch im letzten Kriegsjahre die drei großen Angriffe der deutschen Armeen, die auf französischem Boden standen, aufgefangen und schließlich die deutschen Armeen in die Verteidigung gezwungen. Vom 18. Juli 1918 an diktierten die Kommandos Marschall Fochs die Kampfhandlungen an der Westfront. Das Übergewicht der alliierten und assoziierten Armeen an Reserve, Munition und Waffen, insbesondere das Eingreifen der Amerikaner, verhalfen Foch zu einem militärischen Erfolge nach dem anderen. Das deutsche Waffenstillstandsangebot verhinderte aber den Oberkommandierenden der alliierten Truppen an der Ausübung seines Sieges.

Sein psychologisch ist daher auch die able Laune des Feldmarschalls zu verstehen, die er am Morgen des 8. November 1918 hatte, als er in seinem Salonwagen die deutschen Unterhändler über einen Waffenstillstand empfing und ihnen sagte: „Ich habe keine Vorschläge zu machen“, daraufhin seinen Generalstabchef aufforderte, die Bedingungen des Waffenstillstandes vorzulegen. Während der Friedensverhandlungen in Versailles entfaltete Marschall Foch eine überaus rührige Tätigkeit. Er entwarf ein militärisches Programm, das er schon am 10. Januar 1919 fertig hatte und im März 1919 in der Gestalt eines Memorandums Wilson unterbreitete. Es beruhte auf der Voraussetzung, daß das militärisch niedergeworfene deutsche Reich immer noch stärker als Frankreich wäre und eine Bedrohung der Westmächte darstellte, vielleicht noch größer als je einmal zuvor. Er zog daraus die Folgerung: „In Zukunft muß der Rhein die westliche militärische Grenze der deutschen Länder sein.“ Die „Wacht am Rhein“ sollte nach den Worten des Feldmarschalls künftig „zum Kampfruf Frankreichs werden.“ Der Völkerverbund sollte nach seiner freimütig geäußerten Meinung eine ständige militärische Allianz Frankreichs, Englands, Belgiens und der Vereinigten Staaten darstellen, um Frankreich am Rhein zu schützen und Deutschland dauernd niederzubringen. Diese „vide Verba“ seiner militärischen Vorschläge erinnerten den Präsidenten Wilson, wie aus dessen Memorandum hervorgeht, daran, daß die Franzosen in den letzten drei Jahrhunderten jedesmal über den Rhein hinaus vordrangen, so oft es ihnen gelangen war, ihn zu erreichen, im dreißigjährigen Kriege, in den Kriegen Ludwigs XIV. und Ludwigs XV. und in den Napoleonischen Kriegen. „Auch diese Kriege wurden mit dem Grundgedanken der Sicherheit gerechtfertigt. Angebliche Bedrohungen der französischen Rheinprovinz haben noch stets zu einer Ueberschreitung dieser Grenze geführt.“ Wilson widersetzte sich den militärischen Kriegszuständen Marschall Fochs, die von den französischen Unterhändlern Leon Bourgeois, Poincaré und Pichon lebhaft unterstützt wurden.

Nach dem Weltkrieg besuchte Marschall Foch die Vereinigten Staaten, England und Belgien und ließ sich überall als Sieger feiern. Sein politischer Einfluß beim belgisch-französischen Einmarsch ins Ruhrgebiet und der

Ernste Schwierigkeiten in Paris

Der Stand der Reparationsverhandlungen

Die Londoner Blätter melden übereinstimmend aus Paris, daß die Delegierten jetzt zur Erörterung der Reparationszahlen übergegangen sind. Der Pariser Korrespondent der „Times“ sagt: Nach vorheriger gemeinsamer Beratung teilen jetzt die Führer der alliierten Delegationen gesondert dem Vorsitzenden Owen Young ihren Standpunkt mit. Es muß anerkannt werden, daß die Möglichkeit einer so ernsten Meinungsverschiedenheit, daß die ganze Arbeit des Ausschusses gefährdet werden würde, nicht ausgeschlossen erscheint. Es ist wahr, daß die geplante Denkschrift Deutschland wertvolle Sicherungen bietet, und es ist Deutschland auch während der Verhandlungen klar gemacht worden, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten keine Vereinbarung dulden werden, die eine ernste Gefahr eines Zusammenbruches des deutschen Kredits mit sich bringt. Aber es sind Forderungen von anderer Seite möglich, deren Annahme für Deutschland sehr schwierig sein würde. Die bisher von den deutschen Delegierten genannten Forderungen haben geschwankt zwischen einer Gesamtsumme, die offenbar unannehmbar für die Alliierten ist, und einer Summe, die sich mehr dem nähert, was zum mindesten die britische Regierung für ein vernünftiges Angebot halten würde. Aber in Erwartung des Beginnes des entscheidenden Stadiums sind Anzeichen für eine Berstung in der französischen Haltung bemerkbar. Man glaubt, daß Moreau in seiner Unterredung mit Owen Young eine Mindestsumme genannt hat, unter die Frankreich nicht gehen könne. Die eine viel größere Zahlung seitens Deutschland erforderlich würde als irgendeine Summe, die bisher die deutsche Delegation ins Auge zu fassen geneigt schien. Der Korrespondent sagt: Frankreich würde durch einen Fehlschlag der Verhandlungen und

durch eine Rückkehr zum Dawesplan weniger zu verlieren haben als irgendein anderes Land, wenn auch alle Alliierten es sich leisten können, sich mit einem solchen Ergebnis abzufinden. Die Meinungsverschiedenheit zwischen dem französischen und dem deutschen Standpunkt scheint augenblicklich die heikelste Seite der Verhandlungen zu sein. Andererseits würde ein Fehlschlag nach so langen Arbeiten sicher derart ernste Rückschläge nicht nur in Deutschland auslösen, daß Grund zu der Hoffnung besteht, daß die Nationen in ihrem eigenen Interesse eine Regelung zustande bringen werden.

Mißbehagen in Amerika

Der New Yorker Vertreter des „Daily Telegraph“ berichtet: Wenn die Pariser Verhandlungen über den Sachverständigenausschuß erzwungenen Reparationsplan zutreffen, wird dieser Plan wenig nach dem Geschmack der amtlichen Stellen in Washington sein. Es heißt, daß die amerikanische Regierung in dem Plan einen Versuch erblickt, die Alliierten aus dem „Reparationsgemälde“ zu entfernen, soweit nicht der Empfang der Entschädigung für die zerstörten Gebiete in Betracht kommt, und dafür die Vereinigten Staaten als einzigen und wirklichen Nutznießer der Reparationen ins Licht zu rücken. In Deutschland und der übrigen Welt würde dadurch der Eindruck entstehen, daß, abgesehen von den Aufkosten für wirkliche Reparationen, die ganzen Reparationsgelder „Uncle Snyllor“ zugute kommen. Dies würde die Vereinigten Staaten immer unpopulärer im Ausland machen, und es heißt, daß die Washingtoner Regierung zu einer solchen Regelung niemals ihre Zustimmung geben würde.

französischen Politik in den besetzten Gebieten und im Saarrevier ist unverkennbar. Ebenso ist Marschall Foch der geistige Urheber des großzügigen Planes, der ganz Frankreich vom Kanal bis ans Mittelmeer zu einer einzigen und riesigen Grenzfestung macht. Auch das im letzten Jahre von den französischen Parlamenten verabschiedete Gesetz, das im Kriegsjahr alle wehrfähigen Männer und Frauen Frankreichs dienstpflichtig macht, ist sein Werk. Alle Jahre, die ihm nach dem Weltkrieg zu leben noch vergönnt waren, arbeitete er an der Festigung und dem Ausbau der Militärmacht Frankreichs.

Verdigung Marschall Fochs auf Staatskosten

In einem Kabinettsrat wurde beschlossen, Marschall Foch auf Staatskosten beerdigen zu lassen. Die notwendigen Kredite wird die Regierung beantragen.

Wie das Anklagematerial gegen Ulig zustande kam

Die Polizei forderie ihre Agenten zur Fällung aus.

Die „Schlesische Volkszeitung“ veröffentlicht ein polizeiliches Protokoll, das Aufschlüsse darüber gibt, wie das gegen Ulig, den Führer des Deutschen Volksbundes im heute polnischen Oberschlesien, vorgebrachte Anklagematerial zustande gekommen ist. Hiernach hat im Untersuchungsgefängnis in Breslau auf Befragen ein Strafgefangener namens Joseph Paul Rogner, der von 1923 bis Ende 1928 im polnischen Nachrichtendienst für Kapitän Bey und Oberleutnant Rynaret tätig gewesen sein will, erklärt, daß fast alle Agenten des polnischen Nachrichtendienstes in Katowitz sowie die Organe der polnischen Staatspolizei gegen das Versprechen hoher Bezahlung von ihren Auftraggebern die Werbung gehabt hätten, Material jeder Art, ob zutreffendes oder erdacht, gegen den Deutschen Volksbund zu liefern. Im Herbst 1922 habe Kapitän Bey anlässlich einer Besprechung wörtlich zu ihm (Rogner) gesagt:

„Mein Ziel, mein Auftrag und meine Hauptarbeit ist, den Ulig und den Volksbund zu erschlagen. Das ist auch die Meinung meiner Vorgesetzten in Kraslau und Warschau. Der Volksbund ist die Sammelstätte aller polenfeindlichen Elemente. Der Volksbund muß aufgelöst werden, eher gibt es in Polen keine Ruhe.“

Anfang 1926 habe Kapitän Bey wörtlich folgendes zu ihm gesagt:

„Beschaffen Sie mir Beweise für die feindselige Tätigkeit des Ulig oder des Volksbundes, und Sie bekommen sofort ein paar tausend Zloty ausgezahlt. Sie haben doch Bekannte im Volksbunde, beschaffen Sie sich Formulare von dieser, und das andere ist dann Ihre Sache. Ihnen glauben wir und auch die polnischen Gerichte mehr als denen beim Volksbunde. Wer das intelligent genug macht, hat schnell ein paar tausend Zloty verdient.“

Ferner äußerte Bey, daß für die Bekämpfung und Unschädlichmachung des Deutschen Volksbundes immer Geld vor-

handen sei, und wenn es geborgt werden müsse. Schließlich habe Bey auch noch darauf hingewiesen, daß das zu beschaffende Material derart sein müsse, daß dem Ulig die Begünstigung der Defektion polnischer Heerespflichtiger nachgewiesen werden könne.

Die Weltöffentlichkeit und der Fall Ulig.

In einem Rückblick auf die Entwicklung des polnischen Vorgehens gegen den Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien, Ulig, gegen dessen Vermund und persönliche Ehrenhaftigkeit bisher nichts Belastendes vorgebracht worden sei, schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“: Der Fall Ulig ist eine internationale Frage der öffentlichen Meinung, der politischen Moral und der unparteiischen Rechtssprechung geworden. Beunruhigend wirkt, daß in diesem Falle der Woiwode von Katowitz in höchstem Grade politisch an der persönlichen Verurteilung des Angeklagten durch das zuständige Lokalgericht in Katowitz interessiert ist. Seltener wohl hat ein Fall der Strafjustiz unter einem so hochgradigen Druck der politischen und diplomatischen Konstellation gestanden. Tatsache bleibt, daß dieser Strafprozeß sich unter so unglücklichen Umständen abwickelt, daß die Unabhängigkeit dieses Lokalgerichtes auf eine harte Probe gestellt wird. Als einen richtigen Ausweg verlangt die „Neue Zürcher Zeitung“ die Herstellung der vollständigen Öffentlichkeit der Verhandlungen, da nur so die internationale Meinung in voller Kenntnis aller Beweismittel die Hauptverhandlung verfolgen könne. Das wäre die beste Garantie dafür, daß Ulig nicht unschuldig verurteilt werden wird, und die polnische Regierung handle in ihrem eigenen Interesse, wenn sie durch vollständige Öffentlichkeit der Verhandlungen keinen Zweifel an der Berechtigung des Verfahrens aufkommen lasse. Jedes andere Verfahren müßte von unheilvollen Folgen begleitet sein.

Die Militärbehörden wollen sich rächen

Die Todesfälle in der Besatzungsarmee.

Der sozialistische Abgeordnete Barthe, der die Kammerinterpellation über die zahlreichen Todesfälle unter den französischen Besatzungstruppen herbeigeführt und in der Debatte umfangreiches Material beigebracht hatte, hat sich veranlaßt gesehen, an Kriegsminister Painlevé ein Schreiben zu richten, in dem er darauf hinweist, daß die Militärbehörden eine Untersuchung eingeleitet haben, um festzustellen, aus welchen Quellen er sein umfangreiches Anklagematerial geschöpft habe. Der Abgeordnete fordert den Kriegsminister auf, die Einstellung sämtlicher dergleichen Untersuchungen zu veranlassen.

„Brawda“ zur Schaffung einer Reparationsbank.

In einem Leitartikel über den Plan einer Reparationsbank sagt „Brawda“, daß die Idee der Ueberbank die gegenwärtigen sozialen und politischen Interessen der einzelnen kapitalistischen Staaten nicht überwinden könne, und wiederholt, was die Moskauer Presse als dauerndes ceterum ceteris zur Reparationsfrage sagt, daß nämlich die Lasten der Reparationen als Kriegskonttribution auf den Schultern der Arbeitermassen liegen.

vorgelegten Vierteljahr...
n Jahren 1928...
im gleichen...
rund 48 000...
mit 280 711...
daß die auf...
zum ersten...
im dritte...
se in de...
gehalte...
nahme de...
ehrung de...
Geburten...
fahr ebenfo...
Er Betrag

ten

clauschub...
ung. An...
Turnhalle...
in Frage...
Sitzungen...
erden noch...
am Hallen...

n Hiern...
s 1/8 Uhr...
u wichtigen...
Bmann.

weise be...
wichtige...
erwartet...
ist Wi...
nen.

Carlsfel...
Bahnst...
eteiligung

Stewart.

im Hals...
den Oster...
zuführen...
wird noch

51 179
52 810
53 400
54 200
55 900
56 800
57 800
58 800
59 800
60 800
61 800
62 800
63 800
64 800
65 800
66 800
67 800
68 800
69 800
70 800
71 800
72 800
73 800
74 800
75 800
76 800
77 800
78 800
79 800
80 800
81 800
82 800
83 800
84 800
85 800
86 800
87 800
88 800
89 800
90 800
91 800
92 800
93 800
94 800
95 800
96 800
97 800
98 800
99 800
100 800